

# Die Zukunft Europas

> von Hannes Androsch

„Europa – aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden.“ Auch die abgeänderte Form der von Goethe und Schiller in den Xenien gestellten Frage ist bereits zu einer klassischen geworden. Ebenso die 1976 ironisch gestellte Frage des legendären US-Außenminister Henry Kissinger: „Wenn ich Europa anrufen will, welche Nummer wähle ich dann?“

Die Europäischen Großmächte haben im langen 19. Jahrhundert weitgehend die Welt beherrscht. Die selben Mächte haben dieser Welt, vor allem aber Europa, in der ersten Hälfte des kurzen 20. Jahrhunderts Krieg und Zerstörung gebracht. Ausgangspunkt dieser tragischen Entwicklung waren vor allem die beiden um die vorige Jahrhundertwende entstandenen neuen Großmächte Deutschland und Japan. Deren Machtstreben war Angelpunkt der weiteren tragischen weltpolitischen Entwicklung, ohne dass den anderen vier Großmächten deren Verantwortung abgesprochen werden kann, ganz abgesehen von der unglücklichen Rolle, die vor allem auch die Österreichisch-Ungarische Donaumonarchie gespielt hat.

Die USA haben durch ihr Eintreten in die beiden Weltkriege schließlich Schlimmes verhindert. In der Folge, nicht zuletzt auch durch die politisch erzwungenen Emigration vieler Europäer und dem damit verbundenen brain drain – stellvertretend für die Vielen sei nur Albert Einstein erwähnt –, konnte sich die USA zu einer der Supermächte und nach der Implosion der Sowjetunion und deren Zerfall zur alleinigen Hypermacht entwickeln. Damit wurde das vorige Jahrhundert zum amerikanischen. Auch wenn man der USA manche Schwächen zuschreiben muss, so deutet vieles darauf hin, dass die USA diese Rolle auch noch lange und wahrscheinlich in sogar in größerem Ausmaß spielen wird.

Dessen ungeachtet ist als realistische Zukunfts-Perspektive nicht auszuschließen, dass andere Mächte wie beispielsweise China, Japan, Indien, Brasilien oder Russland auf der zukünftigen politischen Weltbühne eine erheblich größere Bedeutung als zum gegenwärtigen Zeitpunkt erlangen werden. Dies wird langfristig gesehen in die Ausbildung einer neuen multipolaren Weltordnung münden. Damit verschwinden auch die alten Orientierungsgewissheiten. Dies hat auch gravierende Auswirkungen auf den alten Kontinent Europa. Europa ist einmal mehr mit einer historischen Weichenstellung über seine Zukunft und der Frage konfrontiert, welche Position es in dem neuen Umfeld einnehmen, welche zukünftige Rolle es spielen wird. Europa steht vor der epochalen Entscheidung, entweder zum Spielball der Mächtigen (und damit zum Appendix der USA) oder aber zu einem ernstzunehmenden Player im Spiel der Mächtigen zu werden. Im Konzert der Weltmächte wird sich Europa aber nur dann erfolgreich behaupten können, wenn es auch gelingt, der schon beschlossenen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine wirkungsvolle Gestalt zu geben. Es können nicht 17 Außenminister plus ein als ergomanische Karikatur auftretenden österreichischer Landeshauptmann Europa nach außen vertreten.

Ohne die Erfolge und Bedeutung der europäischen Integration in den zurückliegenden 50 Jahren gering schätzen zu wollen: Wenn Europa im weltpolitischen Konzert der Mächtigen eine eigenständige Rolle einnehmen möchte, dann gibt es für Europa viel zu tun. In diesem Zusammenhang sei an die resignierte Feststellung von Golo Mann nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert: „Was war Europa? Alles. Was ist es heute? Nichts. Was will es werden? Etwas.“

In den bisherigen Integrationsschritten, die mit der am 18. April 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohl und Stahl ihren Ausgang nahm und deren Intention Jean Monnet mit den Worten umschrieb „Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügt, kann keinen Krieg mehr erklären“ wurde bereits vieles erreicht. Eindrucksvoller Beleg dafür ist die Verwirklichung eines weitgehend einheitlichen Binnenmarktes, der mit 378 Mio. Einwohnern

und einem GDP von 9 Mrd. € (7,8 Mrd. USD) etwa gleich groß wie jener der USA ist. Oder die am 1.1.2002 erfolgte Einführung des Euro als gemeinsame neue europäische Währung.

Die berühmte Prophezeiung des französischen Währungsexperten und Beraters von de Gaulle, Jaques Rueff, „L'Europe se fera par la monnaie ou se fera pas“ („Europa entsteht über das Geld oder gar nicht“) ist Wirklichkeit geworden. In Österreich war die heftig erstrittene sogenannte Hartwährungspolitik des Schillings eine wichtige Voraussetzung für die Einführung des Euro. Nunmehr ist der Euro nicht nur in Österreich zu einem neuen Symbol der europäischen Identität geworden.

Darüber hinaus kann schon jetzt festgehalten werden, dass der Euro einen stabilen inneren Wert, also eine Kaufkraft vorweisen kann, wie keine andere Währung der Mitglieder von Euroland seit 1945. Was nun den Außenwert, vor allem das Verhältnis des Euro zum Dollar anbelangt, so ist dran zu erinnern, dass die Kursfestsetzung von 1,18:1 (1998) den Marktverhältnissen eines schwachen Dollars entsprach. Dieser ist aus einer Reihe von Gründen stärker geworden, sodass der Eurokurs seither bis auf 0,82 zurückfiel. Dies ist für die europäischen Exporte und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze nur ein Vorteil. Europa wird aber gut beraten sein, sich auf ein Kursverhältnis von annähernd 1:1 einzustellen.

Der wohl eindrucksvollste Erfolg der europäischen Integration ist aber die friedliche Entwicklung im westlichen Nachkriegseuropa. Stefan Zweig meinte einmal: „Wir haben den Katalog aller nur denkbaren Katastrophen durchgeackert von einem zum anderen Ende. Alle die fahlen Rosse der Apokalypse sind durch mein Leben gestürmt, Revolution und Hungersnot, Geldentwertung und Terror, Epidemie und Emigration“. Hinzuzufügen wären noch Soldaten, Gefangenenlager, Bombenzerstörungen, Tod, Vernichtung und Vertreibungen, Besetzungen und der tragische Höhepunkt des Holocaust, die Shoa. Nur die Atombombe blieb uns in Europa erspart. Diese ging in Hiroshima und Nagasaki nieder.

Die Orkane der Gewalt, des Terrors und der Zerstörungen, die unseren Kontinent über Jahrhunderte und zuletzt das ehemalige Jugoslawien, also unsere unmittelbare Nachbarschaft (!) erschüttert haben, beweisen, wie unverändert aktuell die politische Zielsetzung ist, ein Europa in Frieden, Wohlstand und Stabilität Wirklichkeit werden zu lassen.

Sieht man von amerikanischen Sezessionskriegen im vorvorigen Jahrhundert ab, so hat es innerhalb einer Wäh-

rungsunion noch nie einen Krieg gegeben. Auch in den westeuropäischen Staaten mussten in den letzten 55 Jahren keine neuen Soldatenfriedhöfe oder Kriegerdenkmäler errichtet werden. Helmut Kohl wird zurecht nicht müde, auf diesen eindrucksvollen Erfolg der Europäischen Integration als Projekt der ökonomischen Friedenssicherung hinzuweisen. Die Umsetzung dieses großen Projektes ist neben Helmut Kohl vor allem auch der von Francois Mitterrand, Willy Brandt und Helmut Schmidt, Jacques Delors sowie der visionären Kraft von Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Paul-Henri Spaak, Konrad Adenauer und den vielen anderen, die sich große Verdienste für unser Europa erworben haben, zu verdanken.

Die wichtigen nächsten Schritte zur realpolitischen Verwirklichung der europäischen Integration sind die Ergebnisse des Konvents und die Umsetzung von dessen Resultaten. Also die Schaffung einer gemeinsamen grundrechtlichen und institutionellen Architektur Europas auch in Hinblick auf die erfolgreiche Integration der interessierten Beitrittsländer im Rahmen einer raschen Erweiterung. Ob man das anzustrebende Ergebnis des Konvents Verfassung nennt oder nicht, ist nicht so wichtig. Entscheidend ist der Inhalt.

Der erfolgreiche Weg der Integration bedarf in den Mühen der Ebene noch vieler Einzelschritte. Als einzelne plakative Beispiele von vielen sei etwa angeführt:

- Angleichung von Rechtsangelegenheiten;
- Weitgehende Harmonisierung des Steuerwesens;
- Zeitgemäßes Bildungswesen;
- Energische Anstrengungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich;
- Ausbau des transeuropäischen Netzwerkes, einschließlich einer einheitlichen Frächterregelung sowie, nicht zuletzt aus Gründen des Umweltschutzes, eine energische Förderung des Schienenverkehrs;
- Harmonisierung der Sozial- und Umweltstandards;
- Erarbeitung von gemeinsamen Lösungsmodellen in Hinblick auf die neuen sozialen und demografischen Problemstellungen, wie etwa die zunehmende Überalterung der Gesellschaft;
- Abgestimmte Regelungen für Flüchtlings- und Migrationsfragen;
- Schaffung der Grundlagen für eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der gemeinsamen Geld- und Währungspolitik entspricht.

→ weiter p8

An dieser Stelle auch eine Anmerkung zum Stabilitätspakt. Dieser hat ohne Zweifel seine Berechtigung, um die zentrale und einheitliche Geld- und Währungspolitik als notwendige überbrückende Disziplinierungsmaßnahme mit den dezentralen nationalstaatlichen Finanz- und Wirtschaftspolitikern sicherzustellen. Allerdings ist der Inhalt des Stabilitätspaktes zu rigide und zu wenig flexibel gefasst worden. Dies zeigt sich in der jüngsten rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung mit aller Deutlichkeit in den kräftig steigenden Arbeitslosenzahlen. In diesem Konnex ist auch die Zielsetzung, dass die öffentlichen Haushalte Überschüsse zu erzielen haben, nicht nachvollziehbar. Den Bürgern werden mehr Steuern als notwendig aufgebürdet, und wichtige öffentliche Investitionen, wie etwa im infrastrukturellen Bereich – Beispiel transeuropäische Netzwerke – unterlassen, was angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen geradezu absurd erscheinen muss.

Noch wichtiger als die Umsetzung der reformatorischen Vorgaben ist aber, seitens der Bürger(innen) eine Identifikation mit Europa zu erreichen, einen „europäischen Patriotismus“ zu entwickeln, ohne dabei die eigenen vielfältigen Identitäten aufgeben zu müssen, wie ja auch heute ein Hamburger, ein Bayer, ein Wiener, ein Tiroler, ein Steirer, ein Lombarde oder ein Trentiner seine jeweilige deutsche, österreichische oder italienische Identität hat und das damit verbundene Zugehörigkeitsgefühl nicht in Frage stellt. Dies müssen wir auch für Europa als Ganzes erreichen.

Das Motto der europäischen Integration muss also lauten: Vielfalt in der Einheit und Einheit in der Vielfalt, also ein „Europa der Europäer“. Dazu gehört gewiss auch, ähnlich wie in den USA oder in Asien, die Ausbildung eines „European way of life“ vor allem im kulturellen Bereich.

Der europäischen Integrationsbewegung liegt auch die Tatsache zugrunde, dass die einzelnen Staaten für die kleinen Aufgaben längst zu groß und für die großen Aufgaben längst zu klein geworden sind (Daniel Bell). Eine sinnvolle Erfüllung der jeweiligen Aufgabenstellungen kann in diesem neuen Ordnungsrahmen sinnvoll nur über das Subsidiaritätsprinzip erreicht werden.

Eine neue politische Ordnung muss vor allem Antwort auf die Frage geben, was von den Aufgaben politischer Organisation besser durch europäische Integration erledigt werden und was in der Zuständigkeit nationaler Entscheidungen verbleiben soll. Letztlich geht es dabei um eine neue Form von Interdependenz mit geteilter Souveränität zwischen Europa und seinen Nationalstaaten und zwar unabhängig davon, welchen Begriff (Bundesstaat, Union, Staatenbund etc.) das politische Gebilde Europa erhalten wird.

Analog dazu muss das Prinzip der Subsidiarität zunehmend auch im Verhältnis der Bürger zum Staat zum Selbstverständnis werden, gemäß dem Motto „Soviel Markt und soviel Staat wie notwendig, soviel Eigenverantwortung und Eigeninitiative wie möglich und soviel soziale Absicherung wie notwendig.“

In letzter Zielvorgabe liegt die eigentliche Herausforderung für Europa – die gemeinsame Gestaltung der Zukunft – begründet. Eine mieselüchtige, eifersüchtige, neidvolle und zynische Resignation ist dafür kontraproduktiv. Was notwendig ist, ist ein entschlossener gemeinsamer Gestaltungswille.